

## GKV in den neuen Bundesländern: 230 Millionen Minus

BONN. In den fünf neuen Bundesländern weist die gesetzliche Krankenversicherung im ersten Halbjahr 1992 erstmals ein Defizit auf. Es liegt bei rund 230 Millionen DM. 1991 dagegen ergab sich noch ein Überschuß von 2,8 Milliarden DM.

Bei den ostdeutschen Ortskrankenkassen stiegen die Ausgaben im ersten Halbjahr 1992 um 44,2 Prozent. Die Grundlohnsumme wuchs hingegen lediglich um 8,8 Prozent. Bei den ostdeutschen Betriebskrankenkassen erhöhten sich die Ausgaben im gleichen Zeitraum um 57 Prozent, die Grundlohnsumme hingegen um 32 Prozent. Mittlerweile haben die Leistungsausgaben hier sogar schon 72 Prozent des Westniveaus erreicht, die Grundlöhne allerdings erst 54 Prozent.

Dennoch ist der durchschnittliche Beitragssatz aller gesetzlichen Kassen in den neuen Ländern in den letzten Monaten auf 12,7 Prozent gesunken, nachdem er 1991 auf einheitlich 12,8 Prozent festgesetzt worden war. dfg

## Hessen will Heroin kontrolliert abgeben

WIESBADEN. Hessen plant die Abgabe von Rauschmitteln an Abhängige bis hin zum Heroin. Der Umgang mit Cannabis-Produkten soll zudem künftig nicht mehr bestraft werden. Die Landesregierung leitete dem Bundesrat eine entsprechende Gesetzesinitiative zu.

Zur Begründung heißt es, die bisherige Drogenpolitik der Bundesregierung habe versagt. Es habe sich gezeigt, daß die Rauschgift-Problematik mit strafrechtlichen Mitteln nicht zu lösen sei. Notwendig seien vielmehr Maßnahmen, die die Nachfrage auf dem Schwarzmarkt entscheidend reduzierten.

Durch die kontrollierte Abgabe auch harter Drogen könnte den internationalen Rauschgift-Kartellen die wirtschaftliche Basis entzogen sowie Beschaffungskriminalität verhindert werden.

Den Umgang mit Cannabis-Produkten will die Landesregierung künftig in einem bundesrechtlichen Verteilungsmonopol regeln lassen. Es gehe nicht an, heißt es in dem Entwurf, daß der Staat erwiesenermaßen schädliche Suchtgifte wie Alkohol und Nikotin toleriere und sogar ertragreich besteuere, den – möglicherweise harmloseren – Cannabiskonsum aber verbiete. ch

## Spendenbitten

Für eine Kinderklinik in Novi Sad in Jugoslawien benötigt Prim. Dr. Dr. Jokanović ein eventuell ausgemustertes, aber noch funktionsfähiges Narkosegerät. Informationen: Helga Münstedt, Eichenallee 1 D, W-5900 Siegen, Tel: 0271/84181.

Der gemeinnützige Verein *Deutsche Kambodscha-Hilfe e.V.* leistet dem notleidendem kambodschanischen Volk humanitäre Hilfe. Für die zahlreichen Minenopfer wird um Gehhilfen, Rollstühle und Krankenfahrstühle gebeten. Die pädiatrischen Abteilungen der städtischen Krankenhäuser benötigen Kanülen, Sterilisatoren, Infusionsständer und –schleusen, Butterfly-Infusionsnadeln sowie medizinische Geräte. Kontaktadresse: Dr. Heike Löschmann, Albert-Höbler-Straße 6, O-1130 Berlin. EB

Die Redaktion des Deutschen Ärzteblattes kann keine Verantwortung für die Angaben übernehmen, da sie auf Informationen der genannten Organisationen beruhen.

## Hörhilfen für Kinder und Jugendliche ohne Selbstbeteiligung

MAINZ. Hörgeschädigte Kinder und Jugendliche können nach Darstellung der Bundesinnung der Hörgeräte-Akustiker ab dem 1. August dieses Jahres ohne Selbstbeteiligung mit Hörgeräten in nahezu allen Ausführungen versorgt werden. Grundlage für diese Neuerung ist eine vertragliche Vereinbarung zwischen der Bundesinnung und den Spitzenverbänden der Krankenkassen. Ein entsprechender Vertragsabschluß mit den Betriebskrankenkassen liegt nach Angaben der Bundesinnung allerdings noch nicht vor.

Die Vereinbarung umfaßt die Versorgung mit digital programmierbaren Hörgeräten und Im-Ohr-Geräten. Ebenso seien alle erforderlichen Arbeiten zur Anpassung der Hörgeräte, zur Nachbetreuung und zur fortlaufenden Nachanpassung der Hörhilfen an die kindliche Hörentwicklung erfaßt. JM

## Ausland

### IPPNW fordert Ende des Krieges in Jugoslawien

NEW YORK. Die Vereinten Nationen sollen sobald wie möglich „die unmenschliche Tragödie“ in den Balkanländern beenden. Das fordern die serbische und kroatische Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) in einem gemeinsamen Aufruf an die UN. Die Vereinten Nationen sollten

► die internationalen Inspektionen aller Gefangenen- und angeblichen Konzentrationslager verbessern,

► die sofortige Schließung aller Lager überwachen,

► die Unverletzlichkeit, Sicherheit und Menschenwürde der Flüchtlinge garantieren,

► alle vorhandenen Möglichkeiten nutzen, um ein gewaltfreies Ende der Kampfhandlungen zu erzielen,

► den freien Zugang für humanitäre Hilfen ermöglichen.

Die IPPNW bemühe sich um das Überleben und Wohlergehen der Opfer des Konfliktes. Kli

## Verwaltungsgericht bricht Preisstopp

WIEN. Der oberste österreichische Verwaltungsgerichtshof hat in einem erst jetzt bekannt gewordenen Urteil von Ende April das Wiener Gesundheitsministerium gerügt, weil es Anträge eines Arzneimittelherstellers auf Preiserhöhungen für einige Medikamente abgelehnt hatte.

Die österreichische Niederlassung von Parke-Davis hatte mit der Begründung geklagt, die entsprechenden Mittel dürften in Österreich nur halb so viel kosten wie in Deutschland, worauf das Ministerium geantwortet hatte, in Deutschland seien die Preise ja auch nicht gestiegen. Nach Ansicht des Gerichtes müsse das Ministerium einen „volkswirtschaftlich gerechten“ Preis festsetzen, die Richter hatten diesen Begriff aber nicht weiter definiert.

Jetzt ist das ganze Preisfestsetzungssystem für Medikamente in Gefahr. Seit dem Spruch des Gerichtes sind 400 Anträge beim Ministerium eingegangen, über die es laut Gesetz binnen sechs Monaten entscheiden muß. Die Gültigkeitsdauer dieses Gesetzes ist gerade verlängert worden. Wenn über die Anträge nicht rechtzeitig entschieden wird, können hohe Schadenersatzforderungen auf das Ministerium zukommen.

Man überlegt jetzt fieberhaft, ob das ganze Preisregime nicht zumindest gelockert werden sollte. Denn EG-konform ist die Regelung ohnehin nicht, und Österreich will ja in die EG. bt